

Es geht nicht um morgen – sondern um die Zeit nach 2040

Nationalrat Andreas Meier, Die Mitte, berichtet aus Bern von der Sommersession. Darin hat das Parlament die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» sowie den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates beraten.

KLINGNAU/BERN (am) – Die Blackout-Initiative verlangt die Aufhebung des seit 2017 geltenden Verbots für den Bau neuer Kernkraftwerke. Der Bundesrat verfolgt mit seinem indirekten Gegenvorschlag dasselbe Ziel und beantragt gleichzeitig die Ablehnung der Initiative.

Die Beratungen verliefen aussergewöhnlich spannend. Am Montag, 15. Juni 2026, beschloss der Nationalrat zunächst mit 97 zu 95 Stimmen, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Dieser sollte zuerst die Finanzierungsfrage möglicher neuer Kernkraftwerke vertieft klären.

Bereits am Dienstag, 16. Juni, lehnte der Ständerat die Rückweisung des Nationalrates ab. Stattdessen verlangte er einen Bericht zu den Kosten- und Finanzierungsfragen für ein neues KKW bis Ende Jahr.

Am Donnerstag, 18. Juni, befasste sich der Nationalrat erneut mit dem Geschäft. Mit 100 zu 98 Stimmen verzichtete er nun ebenfalls auf die Rückweisung und setzte die Beratung fort. In der anschliessenden Detailberatung wurden verschiedene Minderheitsanträge abgelehnt. Diese verlangten unter anderem ein Moratorium für neue Bewilligungen bis 2035, zusätzliche Finanzierungsnachweise oder Beschränkungen auf bestimmte Reaktortypen.

Am Freitag, 19. Juni, verabschiedeten National- und Ständerat den indirekten Gegenvorschlag in den Schlussabstimmungen. Gegen die Vorlage wurde be-

reits das Referendum angekündigt. Damit wird voraussichtlich das Schweizer Stimmvolk das letzte Wort haben.

Mit Weitblick entscheiden

Für mich persönlich war diese Abstimmung nicht einfach. Die Mehrheit meiner Fraktion sprach sich gegen die Aufhebung des Neubauverbots aus. Ich habe mich dennoch für den indirekten Gegenvorschlag ausgesprochen.

Dabei ging es mir nicht um eine Abkehr vom Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Gegenteil: Die Herausforderungen der nächsten Jahre lösen wir mit Wasser-, Solar- und Windkraft, mit Speichern, leistungsfähigen Stromnetzen und mehr Energieeffizienz. Auf diesen Punkt habe ich auch in meinem Votum ausdrücklich hingewiesen.

Die aktuelle Vorlage ändert nichts daran, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien weiterhin Priorität hat. Auch Bundesrat Albert Rösti hat während der Beratungen mehrfach betont, dass die bestehenden Förderinstrumente für den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion mindestens bis 2035 weitergeführt werden sollen.

Die eigentliche Frage lautet deshalb nicht, ob morgen ein neues Kernkraftwerk gebaut wird. Die eigentliche Frage lautet: Darf das Parlament im Jahr 2026 einer Generation, die nach 2040 Verantwortung trägt, bestimmte Technologien bereits heute gesetzlich verbieten?

Versorgungssicherheit gewährleisten

Die heutigen Kernkraftwerke produzieren jährlich rund 23 Terawattstunden Strom und decken damit knapp einen Drittel des Schweizer Stromverbrauchs. Im Winterhalbjahr ist ihr Anteil sogar noch höher. Gleichzeitig wird der Strombedarf weiter steigen. Elektromobilität, Wärmepumpen, Digitalisierung, Rechenzentren und künstliche Intelligenz werden den Bedarf an elektrischer Energie deutlich erhöhen. Die aktuelle Diskussion betrifft deshalb nicht mehr den Ersatz von Beznau. Sie betrifft die Frage, wie die Schweiz dereinst die Produktion von Gösgen oder später Leibstadt ersetzen will und wie wir die Versorgungssicherheit in einer zunehmend elektrifizierten Gesellschaft gewährleisten können.

Bereits 2015 habe ich Vorbehalte gegenüber dem damaligen Atomausstieg geäussert. Die Mehrheit von Volk und Parlament entschied anders. Diesen Entscheid habe ich respektiert. Die energiepolitischen und geopolitischen Rahmenbedingungen haben sich seither jedoch grundlegend verändert. Der Krieg in der Ukraine und die Energiekrise in Europa haben gezeigt, dass Versorgungssicherheit längst auch eine sicherheitspolitische Frage ist.

Niemand kann heute mit Gewissheit sagen, welche Technologien in 20 oder 30 Jahren zur Verfügung stehen werden. Gerade deshalb halte ich es für falsch, bestimmte Technologien bereits heute gesetzlich auszuschliessen.

Unterschiedliche Sichtweisen vereinen

Für mich war diese Abstimmung auch deshalb besonders anspruchsvoll, weil die Mehrheit meiner Fraktion eine andere Auffassung vertrat als ich. Gerade darin zeigt sich aber eine Stärke der Mitte. Unsere Fraktion vereint Vertreterinnen und Vertreter aus sehr unterschiedlichen



Kantonen und Lebensrealitäten. Energiepolitische Fragen werden im Aargau naturgemäss anders gewichtet als in einem Kanton ohne eigene Stromproduktion oder Energieforschung. Dass solche unterschiedlichen Sichtweisen Platz haben und respektiert werden, gehört für mich zur politischen Kultur der Mitte.

Als Aargauer und als Einwohner des Zurzibiets ist mir die Bedeutung einer sicheren Stromversorgung besonders bewusst. In unserer Region wird ein bedeutender Teil des Schweizer Stroms produziert. Gleichzeitig befindet sich mit dem Paul Scherrer Institut in Villigen ein Forschungszentrum von internationalem Rang, das an den Energietechnologien der Zukunft arbeitet.

Handlungsspielraum erhalten

Für mich war die Abstimmung deshalb keine Entscheidung für neue Kernkraftwerke. Sie war eine Entscheidung dafür, künftigen Generationen keine Optionen zu verbauen und den Handlungsspielraum für die langfristige Sicherung unserer Energieversorgung offenzuhalten.

Die Energiepolitik braucht weniger Ideologie und mehr Verantwortung. Erneuerbare Energien bleiben die Priorität. Doch für die Zeit nach 2040 sollten wir uns keine Optionen verbauen, die künftige Generationen vielleicht noch benötigen werden.